

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Zentraldruck: Dönhofs 202-203  
Tel.-Koeffizient: Sozialdemokrat Berlin

# Morwärts

## Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Zentraldruck: Dönhofs 200-207

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Strefemanns Fühlungsnahme.

Besprechungen mit dem belgischen Gesandten.

Paris, 12. September. (Gca.) Dem „Petit Parisien“ wird aus Brüssel über die Besprechungen Strefemanns mit dem belgischen Gesandten in Berlin, Grafen de la Faille, gemeldet: Die „Indépendance belge“ ist in der Lage zu versichern, daß seit einigen Tagen der Reichskanzler Dr. Strefemann den Grafen de la Faille aufgesucht habe, sich mit ihm über die neue Haltung Deutschlands in der Reparationsfrage zu unterhalten. Dieser habe dem Wunsch Strefemanns entsprochen und seine Regierung entsprechend instruiert. Die Unterhaltungen, so heißt es in dem Telegramm, dauern in einem zufriedenstellenden Sinne weiter fort. Als Erbe der schweren Verantwortung, die ihm der frühere Reichskanzler Dr. Cuno hinterlassen habe, lege sich Strefemann Rechnung darüber ab, daß Deutschland am Rande des Abgrundes stehe und daß nur eine radikale Aenderung der bisher verfolgten Methoden eine demnächstige Katastrophe vermeiden könne. In diesem Sinne bemühe er sich, die deutsche öffentliche Meinung auf die Notwendigkeit eines Umsturzes vorzubereiten, der auch, wie das Blatt glaubt, die Einstellung des passiven Widerstandes umfasse.

In einem weiteren Pariser Telegramm der „Gca“ heißt es: Die französische Presse empfindet einige Schwierigkeit, die deutsch-französisch-belgischen Unterhaltungen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, klar zu formulieren und zu bewerten. Es gilt den Grundgedanken, daß keine „Verhandlungen“ mit Deutschland stattfinden dürfen, bevor der passive Widerstand eingestellt ist, mit der Tatsache zu vereinigen, daß bereits jetzt vor Einstellung dieses Widerstandes „Unterhaltungen“ stattgefunden haben. Es gilt darüber klarzustellen, daß zunächst einmal eine Aussprache über die Einstellung des passiven Widerstandes vonnöten ist, und es gilt, diese vagen Begriffe in einer, da man ja das Wort „Verhandlungen“ vermeiden will, privaten Sondierung durch offizielle Persönlichkeiten zu klären. Die Blätter sind sich einig darüber, daß Strefemann nicht gefonnen ist, ins Blaue hinein einfach die Verordnungen und Erlasse zurückzuziehen, die den Widerstand der Ruhrbevölkerung gegen die Fiktion der französisch-belgischen Besatzungsbehörden unterstützt haben. Andererseits ist Poinecaré auf die Einstellung des passiven Widerstandes durch seine öffentlichen Erklärungen festgelegt. Was Strefemann unangenehm ist, schreibt der „Matin“, das ist offensichtlich die Zurückziehung der Verordnungen, die den Aufbruch gegen den Friedensvertrag gutgeheißen und geregelt haben, ohne daß er in parlamentarischen Kreisen zugleich die Versicherung abgegeben kann, daß Unterhaltungen von praktischer Nützlichkeit möglich gewesen sind. Es gelte auch, die Besse zu machen, einen neuen Botschafter in Paris zu ernennen, ohne der Fortsetzung der Verhandlungen sicher zu sein. Strefemann müsse dies über sich ergehen lassen. . . . Man verhandele nicht über die Ausführung des Vertrages mit einer Regierung, die eine besondere Befehlsgebung aufrechterhalte, diesen Vertrag unmöglich zu machen. Hier liegt die Schwierigkeit, der „Matin“ gibt damit der Auflösung zahlreicher politischer Kreise Ausdruck. Er fährt dann fort, man würde hierin nicht eine Sackgasse sehen, sondern lediglich eine mäßige Fühlungsnahme. Strefemann könne allerdings, schreibt das Blatt, noch so geschickt sein, so würde er doch niemals das Mittel finden, Frankreich die notwendige Genugtuung durch Einstellung des Widerstandes zu geben, und gleichzeitig seine Gegner von der deutschen Rechte in dem Glauben zu lassen, er habe die irrftinnige Politik seines Vorgängers nicht demontiert.

Auch der „Petit Parisien“ stellt fest, daß man sich täuschen werde, wenn man annähme, die Initiative des deutschen Kanzlers bedeute bereits den Wunsch, die Ruhrbesetzung bedingungslos hinzunehmen. Im Gegenteil scheint es das Ziel Strefemanns zu sein, auf den passiven Widerstand nur gegen gewisse Gegenleistungen zu verzichten. Frankreich und Belgien hätten hingegen erklärt, der passive Widerstand müsse vor jeder Verhandlung aufhören. Danach scheint es nicht, daß man einer Einigung bereits nahe sei. Die gleiche Auffassung tritt wohl noch klarer hervor in einem Artikel Bertinors im „Echo de Paris“. Deutschland, meint er, versuche Frankreich die Aufgabe des passiven Widerstandes zu „verkaufen“, was einer Aufgabe fast der ganzen Politik seit dem 11. Januar gleichkomme: der deutsche Kanzler möchte Frankreich dazu überreden, auf die lokalen Pfänder, die es ergriffen habe, zu verzichten, gegen Uebergabe einer allgemeinen Hypothek auf das Eigentum der deutschen Industrie usw. Bertinor gibt hier also indirekt zu verstehen, daß die Unterhaltungen über das Gebiet des passiven Widerstandes bereits hinausgegriffen haben. Er lehnt aber die Forderungen Strefemanns in brüster Form ab.

Was eigentlich dieser Haltung der französischen Presse zugrunde liegt, läßt sich vielleicht aus einem Artikel des diplomatischen Mitarbeiters der Festlandsausgabe der franzosenfreundlichen „Daily Mail“ erkennen, dessen ausgezeichnete Beziehungen zu maßgebenden französischen Kreisen bekannt sind. Er meint, es erscheine zwar sicher, daß die Bemühungen, die augenblicklich unternommen würden, binnen wenigen Tagen zu einem Ergebnis führen würden; die französische Regierung sei jedoch darauf bedacht, erkennen zu lassen, daß kein Irrtum über ihren Ursprung möglich sei. Deutschland sei es, das Verhandlungen wünsche und Frankreich unterstreiche, daß zunächst seine ursprünglichen Forderungen befriedigt werden müßten. Die französisch-deutschen Verhandlungen, so führt er weiter aus, werden, wie man hofft, zu einer Art Kompromiß führen. Natürlich wird die französische Regierung sie nicht offiziell anerkennen, bis sie so weit fortgeschritten sind, daß die deutsche Regierung den letzten Schritt getan hat, um den passiven Widerstand einzustellen. Danach

würden die Dinge sich voraussichtlich schnell entwickeln, zumal der augenblickliche Meinungsaustausch den Weg zu einer endgültigen Verständigung ebne.

### Le Trocquers Berliner Reise.

Die bereits in unserer heutigen Morgenausgabe angekündigte Reise des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten und Verkehrswesen (nicht Arbeitsminister) Le Trocquer wird von der Pariser Presse als unmittelbar bevorstehend bestätigt.

### Was wird England jetzt tun?

London, 12. September. (WLB.) Der diplomatische Beiraterkammer des „Daily Telegraph“ schreibt, die britische Regierung werde sich bald zu entscheiden haben, welche Politik sie verfolgen wolle, falls der passive Widerstand im Ruhrgebiet eingestellt und französisch-deutsche Verhandlungen eingeleitet werden. Es schienen drei Alternativen zu bestehen:

1. Großbritannien könne auf einer allgemeinen Regelung zwischen den Alliierten und Deutschland bestehen.
2. Es könne Druck und separat mit Deutschland über seinen eigenen Reparationsanteil verhandeln und zugleich seine Forderungen mit Bezug auf die alliierten Schulden aufrecht erhalten.
3. Es könne zu einer Politik der Isolation zurückkehren, auf die Reparationen verzichten, aber auf der vollen Bezahlung der alliierten Schulden bestehen.

### Ruhrchronik.

Die Meldungen über den Raub von Lohngehältern, Borkbeständen aus Banken usw. gehören zu den Alltäglichkeiten des Besatzungsbildes, die sich kaum noch regelmäßig registrieren lassen. Wir finden z. B. an einem Tage folgende Meldungen:

Im Gelsenkirchener Rathaus beschlagnahmt 41,0 Milliarden; in Buer 70 Milliarden, Gersheimmer Glashütte 25 Milliarden, Bergbauverein Essen 30 Milliarden.

Solche Zusammenstellungen sind selbstverständlich unvollständig. Sie zeigen nur den Druck und die wirtschaftliche Verwüstung, die durch die Besatzungsmethoden an der Ruhr entstehen muß.

Düsseldorf, 12. September. (WLB.) Seit dem Einbruch in das Ruhrgebiet sind die größten Schulen Düsseldorfs für die verstärkte Besetzung in Anspruch genommen worden. Infolgedessen mußten die Kinder, in anderen Schulen zusammengepfercht, bald am Vor- und bald am Nachmittag unterrichtet werden. Um dieses Schultend zu beseitigen, baute der Staat für die in der Auguste-Viktoria-Schule untergebrachte Schutzpolizei mit größter Beschleunigung neue Unterkünfte und Wohnungen. Als in diesen Tagen die Polizei die Schule zu räumen begann, wurde sie sofort von der Besatzungsbehörde beschlagnahmt. Es verlautet, daß dort eine französische Schule untergebracht werden soll, doch besteht größere Wahrscheinlichkeit, daß die Schule in eine französische Kaserne umgewandelt wird.

### Der völlige Zusammenbruch.

Steigerung des Dollarkurses auf über 120 Millionen.

Die Welt hat jedenfalls an den deutschen und ausländischen Börsen ihre Rolle ausgespielt. Es findet kein Umsatz mehr statt. So sind alle Kurse sowohl in New York als auch an der Berliner Börse phantastische Kurse, die zu nennen beinahe wertlos sind und die in den nächsten zehn Minuten bereits überholt sind. So lagte der Dollar mit 98 Millionen morgens ein, überschritt um 11 Uhr die Grenze von 100 Millionen, um gegen 12 Uhr mit 120 gesprochen zu werden. Das Pfund nannte man um dieselbe Zeit mit 500 Millionen. Von da ab ging die Bewegung weiter nach oben. Zu welchem Kurse die Reichsbank ihre Devisen abgibt, spielt keine Rolle mehr, da diese nur Beschenke, wenn auch vielleicht zum Teil notwendige, an die Abnehmer darstellten. Der Schrei nach der Goldmark wird allgemein.

Stichhaltige Gründe für diesen Zusammenbruch sind zweifelsohne vorhanden. Aber mehr noch trägt die Marktschichtpsychose dazu bei, der Welt den letzten Stoß zu versetzen. Diese Angst vor der Mark, die bereits auf der Börse sich auch auf dem Warenmarkt fortzusetzen droht, hat den Effektenmarkt bereits ergriffen. Fort von der Welt war auch hier die Lösung. Effekten, Bankwerte um jeden Preis! Das Ausland wirft seine letzten Markbestände auf den Markt und kauft zu jedem Kurse. Die Spekulation steht dem nicht nach, das Publikum kauft nach Maß seiner verfügbaren Mittel kleinere oder mittlere Papiere, wozu allerdings heute immerhin beträchtliche Papiermarksummen gehören. So legt sich die Katastrophenhaufe — dies Wort ist eigentlich viel zu abgebraucht, es auf die heutige Börse anzuwenden zu können —, setzt sich diese Markzusammenbruchhaufe auf allen Märkten stürmisch fort.

Das Goldzollaufgeld tritt vom Sonnabend, den 15. September 1923 ab zweimal wöchentlich, am Sonnabend und am Mittwoch jeder Woche, in Kraft und gilt dementsprechend vom Sonnabend bis Dienstag einschließlich und vom Mittwoch bis Freitag einschließlich. Dem Goldzollaufgeld, das am Sonnabend in Kraft tritt, wird bis auf weiteres der Dollardurchschnittskurs am vorhergehenden Montag und Dienstag, dem Goldzollaufgeld, das am Mittwoch in Kraft tritt, der Dollardurchschnittskurs des vorhergehenden Donnerstags und Freitags zu Grunde gelegt werden. Die Bekanntgabe der Höhe des Goldzollaufgeldes erfolgt rechtzeitig im „Reichsanzeiger“.

## Wie sieht es in Rußland aus?

Das Interesse für Rußland ist in erfreulichem Maße im Zunehmen begriffen. Der immer reger werdende wirtschaftliche Verkehr zwischen Rußland und den westlichen Staaten lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Frage, welche politischen und wirtschaftlichen Ergebnisse die nun abgeschlossene Periode der russischen Revolution gezeitigt hat. Darauf gibt die in Rußland hergestellte kommunistische Propagandaliteratur keine zutreffende Antwort. Auch die Versuche ausländischer Journalisten, nach mehrmonatigen Beobachtungen eine Bilanz der russischen revolutionären Entwicklung zu geben, sind in den meisten Fällen an der Größe des Stoffes und den unzulänglichen Vorkenntnissen der Verfasser gescheitert.

Eine erfreuliche Ausnahme in der umfassenden Rußlandliteratur bietet die soeben erschienene kleine Schrift des Genossen R. Abramowitsch „Die Zukunft Sowjetrußlands“ (Jena, 1923, Thüringer Verlagsanstalt.) Der Verfasser, der als langjähriges Mitglied des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands bis vor etwa zwei Jahren an den politischen Kämpfen in Sowjetrußland persönlich lebhaftesten Anteil nahm und auch jetzt in ständigem Kontakt mit der russischen Parteibewegung steht, sucht an Hand eines reichhaltigen Materials die Bilanz der bisherigen russischen Entwicklung zu ziehen und eine Prognose für die Zukunft Sowjetrußlands zu stellen. Seine Schrift, die sich frei hält von parteipolitischen Auseinandersetzungen, beschränkt sich darauf, nüchterne Tatsachen zu geben. Das Gesamtbild, das sich aus diesen Tatsachen ergibt, wirkt erschütternd, weil es den Schleier zerreißt, den Innerland und parteipolitisches Interesse geflüstertlich um Sowjetrußland gehüllt haben.

Die Grundbedeutung der russischen Revolution liegt nach der Auffassung Abramowitschs in der Tatsache, daß sie die mächtigste und stärkste Klasse des alten Rußland, die Klasse des feudalen Großgrundbesitzes, fortgesetzt hat. Daneben ist auch die Großbourgeoisie fast zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Aber der Klassenstaat ist dadurch nicht beseitigt worden. Der eigentliche Sieger in der russischen Revolution ist das Bauerntum, das sich den Grund und Boden des Junkertums angeeignet hat und als zahlreichste und stärkste Klasse Inhalt und Richtung der russischen Wirtschaftspolitik bestimmt. Daneben hat sich eine neue bürgerlich-kapitalistische Klasse herausgebildet, die neue Bourgeoisie, die an die Stelle der alten getreten ist und auf dem Boden der „neuen Wirtschaftspolitik“ der Sowjetregierung, die nichts weiter ist, als die Wiederherstellung des Kapitalismus, immer mehr an politischer und wirtschaftlicher Macht gewinnt. Die russische Bauernschaft hat es zumeist gebracht, durch ihre aktive Unterstützung der Roten Armee die weißgardistischen Unternehmungen zum Scheitern zu bringen und durch ihren passiven Widerstand gegen die kommunistischen Sozialisierungsoberfläche eine völlige Umkehr in der Wirtschaftspolitik zu erzwingen. Politisch hat sie jedoch ihr Ziel nicht erreicht. Zerplittert, kulturell rückständig, ist sie zu selbständigem politischen Handeln nicht fähig und sügt sich deshalb, wenn auch widerstrebend, der Sowjetdiktatur, die ihr die Freiheit der kleinbürgerlichen Entwicklung hemmt.

Andererseits die neue Bourgeoisie, die sich aus verschiedenen ehemals proletarischen, halbproletarischen und kleinbürgerlichen Existenzen herausgebildet hat.

Selbstverständlich haßt die Sowjetbourgeoisie den „Kommunismus“, soweit er für sie die Expropriation des Privateigentums, die „Tscheka“ und den „Kampf gegen den Wucher und das Spekulantentum“ verkörpert. Sie ist aber weit davon entfernt, die bolschewistische Regierung als solche bekämpfen zu wollen. Im Gegenteil, sie sieht in vielen Beziehungen voll und ganz auf dem „Boden der Tatsachen“ und macht kein Hehl aus ihren Sympathien für gewisse Seiten der bestehenden Staatsordnung. Die Regierung der Bolschewiki ist für den Sowjetbourgeois Trägerin der Revolution, gegen die er eigentlich nichts einzuwenden hat. Die Revolution hat den Landadel, die Grundbesitzer und Großkapitalisten expropriert, aber ihn, den Emporkömmling und Pöbelherd hat sie erst zum Menschen gemacht. In diesem Sinne ist die neue Bourgeoisie revolutionär, in diesem Sinne steht sie auf dem Boden der Revolution und will auf keinen Fall — wie etwa die emigrierten Vertreter des alten Bürgertums — die Rückkehr zum alten, zur Monarchie der hohen Milliarder, des Adels und des Großgrundbesitzes. Denn sie ist ihrem Wesen nach antiaristokratisch. Außerdem erscheint dem Sowjetbourgeois die Räterregierung als starke, energische und mutige Trägerin einer uneingeschränkten Macht. . . . Er sieht, daß sie ohne Parlamente, Wahlen und „sonstigen Kladderhats“ regiert und das imponiert ihm. Denn auch ihm sind parlamentarische Zeremonien zuwider, auch er verachtet die „dumme Masse“, von der er sich losgerungen hat, um nunmehr von oben herab verächtlich auf Ideen, Prinzipien, Demokratie blicken zu können. Mit anderen Worten: die neue Bourgeoisie ist auch antidemokratisch im Sinne des Kampfes um politische Freiheit und demokratische Staatsform.

Diese Einstellung der neuen russischen Bourgeoisie bestimmt in hohem Maße den politischen Inhalt des Sowjetstaates, der alles andere als kommunistisch ist. Von den bolschewistischen Illusionen der ersten Revolutionsperiode über die Schaffung einer „proletarischen Demokratie“ auf dem Boden der Sowjetverfassung, die alle anderen staatlichen Formen des „faulen Westens“ übertreffen sollte, ist nichts mehr übrig geblieben. Die Sowjetverfassung steht mit allen ihren schönen Prinzipien auf dem Papier, während in Wirklichkeit unter Mißachtung der elementarsten bürgerlichen Freiheiten und demokratischen Grundsätze ein absolutistischer Polizeistaat ausgerichtet worden ist, in dem die

**Funktionäre der Kommunistischen Partei mit Hilfe der Sowjetbureaucratie und der neuen Bourgeoisie selbstherrlich regieren.** Jedes freie politische Leben, jede Selbstverwaltung, jede Kritik ist durch die kommunistische Diktatur unterbunden. Das Ergebnis ist ein neuer zentralisierter Beamtenstaat, der sich vom zaristischen Staat nur dadurch unterscheidet, daß an der Stelle der Monarchisten **Kommunisten** oder — kommunistisch frisierte Monarchisten sitzen, die sich mit bekannter Anpassungsfähigkeit auf den Boden der „gegebenen Tatsachen“ gestellt haben, um unter dem Regime der Diktatur ebenso wie unter dem Zarismus die Demokratie und die Arbeiterklasse unterdrücken zu können.

„Auf diese Weise hat sich eine mächtige, im Rahmen einer peinlich innengehaltenen Rangordnung streng zentralisierte Bureaucratie herausgebildet, die weber mit einer theoretischen lokalen Selbstverwaltung noch mit den tatsächlich bestehenden örtlichen Sowjets irgend etwas zu tun hat und eine frappante Beharrlichkeit mit der alten zaristischen Verwaltungsbureaucratie unjünglichen Angedenkens aufweist.“

Ähnlich wie mit dieser Bureaucratie verhält es sich mit der Roten Armee. Im Kampfe gegen den enteigneten Landadel und die benachbarten Staaten ist diese Armee ein durchaus zuverlässiges Werkzeug in den Händen der jetzigen Regierung. Dem Sozialismus steht sie vorläufig noch nicht feindlich gegenüber, aber er ist ihr vollkommen fremd und gleichgültig. Die Rote Armee wird nie als schöpferische Kraft für den Sozialismus in Frage kommen. Sie strebt indessen mit vollem Bewußtsein danach, die führende Macht im Staate zu werden.

„Sie will in die Politik des Staates bestimmend eingreifen können — im nationalen Interesse; sie will in diesem Sinne im Staat herrschen und verhält sich äußerst kühl, wenn nicht direkt feindlich gegenüber allen demokratischen Einrichtungen; sie haßt und bekämpft ganz entschieden den Sozialismus, sofern er auf die Rechtsbeschränkung oder gar auf die Abschaffung aller stehenden Armeen hinarbeitet.“

Das ist in großen Umrissen der Inhalt der sowjetrussischen Wirtschaft und Politik. Dieser Inhalt steht in schroffem Gegensatz zu den großspurigen Versprechungen der Kommunisten, die noch heute den traurigen Mut haben, den von ihnen irreführten Arbeitern der anderen Länder ein vollkommen falsches Bild der russischen Wirklichkeit zu geben. Bei den russischen Arbeitern versangen diese Lügen und Schönfärbereien nicht mehr. Sie haben aus der harten Schule der Revolution die Erkenntnis gewonnen, daß sie ihre besten Kräfte für die utopischen Ziele der Kommunisten vergeudet haben und nun darangehen müssen, erst die Voraussetzungen für die politische Demokratie und die selbständige Klassenbewegung des Proletariats zu erkämpfen. Heute wird dieser Kampf noch durch die Diktatur des kommunistischen Polizeistaates, der vor keinem Terror gegen die Arbeiterklasse zurückschreckt, gehemmt. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die proletarische Klassenbewegung in dem Maße erstarbt, wie der neue Kapitalismus auf dem Boden der siegreichen Agrarrevolution an Umfang und Stärke zunimmt und gleichzeitig der bonapartistische antidemokratische und antiproletarische Charakter des Sowjetregimes sich vor den Augen der Arbeiterschaft enthüllt. Dann wird die historisch-ökonomische Erkenntnis, die seit jeher von der russischen Sozialdemokratie in die Massen getragen wurde, wieder maßgebend sein für den Charakter der russischen Arbeiterbewegung, und jene kommunistischen Irrlehren aus dem Felde schlagen, die nicht nur die russische Arbeiterbewegung, sondern zum Teil auch die Bewegung in den westlichen Ländern auf verhängnisvolle Abwege gebracht haben.

**Ruhe in Moskau.** Die russische Wertschaft demontiert kategorisch die Meldung über eine in Moskau ausgebrochene Revolte und über die Ermordung Trozki's. — Wir hatten die Richtigkeit der Meldung sofort bezweifelt.

**Der Prozeß gegen Contadi,** der seinerzeit den russischen Delegierten Worschowski erschossen hat, beginnt am 5. November vor den Kaufmann Geschworenen.

## Gold ist die Parole.

Von Karl Fischer.

Die Dichter haben immer gepredigt, man solle sein Herz nicht an Gold hängen, und sie haben mit Vorliebe prophezeit, daß der Mensch ungelügelter Wunsch nach Gold die Welt unglücklich machen werde.

Der eine hat gefungen: „Das Gold ist nur Schimäre!“, und der andere hat gesagt: „Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles. Ach wir Armen!“ Der lateinische Dichter Vergil spricht von der auri sacra fames, dem verfluchten Hunger nach Gold (das bringe ich natürlich nur, um meine Bildung zu beweisen), und der italienische Dichter Dante spottet in seiner „Göttlichen Komödie“: „Wohin noch frecker Goldgier läßt du eilen der Sterblichen Begier.“ (Ich finde meine Bildung ist ganz bedeutend!)

Jedem Dichter, Schriftsteller und das ganze andere zweifelhafte Gesindel sind — das wissen wir doch alle — höchst problematische Wesen, so daß man sich wahrlich wundern muß darüber, daß sie sich noch nicht längst abgeschafft sind in einer Zeit, die lediglich auf das Wertbeständige und das Praktische eingestellt ist, will heißen auf die Wissenschaft, wie sabotiere ich die vom Staat geforderten Steuern und wie drücke ich mich vor der Abgabe von Steuern.

Da sind die großen Kanonen in Industrie und Handel doch ganz andere Kerle. Sie stellen lange schon ihre Kalkulationen auf die Goldbasis und rechnen uns vor, wieviel Goldmark ihre Waren kosten.

Den Industriebaronen und Handelsherren haben nun auch die Theaterdirektoren, die immer auf der Höhe waren, wenn auch nicht gerade bei der Einrichtung des Repertoires, den Goldmarktrie glücklich abgezogen.

Das Theater im Admiralspalast, das in diesem Winter unter der Direktion Hermann Haller sicher mit todschönen Kostümen seiner leicht besetzten Künstlerinnen an der Front sein wird, berechnet als erste Berliner Bühne die Preise der Plätze in Goldmark. Da gibt es Plätze für 30 Goldpennige, 50, 70 und 80 Goldpennige, also noch preiswert. Die anderen Theaterdirektoren werden sicher dem guten Beispiel folgen und einen zeitgemäßen Multiplikator finden.

Die Einführung der Goldmarkpreise im Theater halte ich für geradezu glänzend. Früher verlangte das Publikum, das immer annehmend und unverkämmt war, irgendein und wenn auch noch so kleines Goldstückchen in den Stücken zu finden, die ihnen vorgesetzt wurden. Die Theaterdirektoren haben nun endlich diese dumme Unflut satt, heute hat das Publikum, das ins Theater kommt, für das Gold zu sorgen.

## Die Arbeiter- und Bauernregierung.

Der Ruf der SPD. nach einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ hat auch in den Reihen der parolentreuesten Kommunisten Kopfschütteln erregt. Die „Rote Fahne“ bemüht sich daher, in einem Leitartikel ihren Lesern auseinanderzusetzen, daß die angestrebte Koalition der SPD. mit den Bauern „der wichtigste Schritt nach vorwärts“ sei, „um den Sieg der Arbeiterklasse, den Bestand ihrer Herrschaft und den raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu sichern“, wogegen die Koalitionspolitik der Sozialdemokraten natürlich als der abscheulichste „Arbeiterverrat“ hingestellt wird.

Wir glauben nicht, daß dieser Artikel, der in der Hauptsache der inneren Parteidiskussion dient, geeignet ist, die kommunistischen Gegner der neuesten Parole umzustimmen. Auch die entschuldigende Bemerkung, daß es sich natürlich nur um „Kleinbauernorganisationen“ handeln könne, wird dazu nichts nützen. Denn wo sind die „Kleinbauernorganisationen“, die bereit wären, mit Arbeitern zusammenzugehen und mit ihnen zusammen gar SPD.-Politik zu treiben? Solange noch eine starke Verschuldung der Landwirtschaft vorhanden war, bestand immerhin zwischen den verschuldeten Landwirten und den Arbeitern ein gemeinsames antikapitalistisches Interesse. Seitdem aber haben sich die Verhältnisse gründlich geändert, und der Bauer, auch der Kleinbauer, sieht kein dringlicheres Interesse als das, seine Produkte so teuer wie möglich abzusetzen. Erzeuger- und Verbraucherinteressen stoßen hart aneinander, und die kommunistische Konfusion ist am wenigsten imstande, einen Ausgleich herbeizuführen.

Entscheidend bleibt, daß sich auch die SPD. zur Koalitionspolitik bekehrt hat. Wer eine Koalition mit Faschisten und reaktionär gesinnten Grundbesitzern anstrebt, hat kein Recht mehr, der Sozialdemokratie Vorwürfe zu machen, weil sie in einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien der Mitte die Interessen des werktätigen Volkes zu wahren versucht. Ruhige Ueberlegung zeigt vielmehr, daß die sozialdemokratische Koalitionspolitik vernünftiger ist als die kommunistische, denn die bürgerlichen Parteien der Mitte sind genötigt, auf ihre Wählermassen Rücksicht zu nehmen, die zum großen Teil aus Lohn- und Gehaltsempfängern bestehen, also aus Schichten, die mit den Anhängern der Sozialdemokratie ein gleiches Klasseninteresse verbindet. Das ist immerhin eine reale Grundlage der Koalitionspolitik, die man bei der kommunistischen Koalition mit den Bauern vergeblich sucht.

Der Eifer, mit dem das kommunistische Zentralorgan die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung verteidigt, berechtigt zur Annahme, daß die gute Ruth Fischer doch nicht ganz recht hätte, als sie sagte, die kommunistische Anhängerschaft sei bereit, sich auch für „die Regierung des Landes“ zu begeistern, falls die Zentrale das verlange. Eine Politik, die gegen die eigenen sozialdemokratischen Klassen-genossen mit dem Knüttel losgeht, dafür aber den Faschisten und den Bauern nachläßt, kann nur dort Beifall finden, wo Anfänge politischer Denkens noch nicht vorhanden sind. Wer eine Spur von Ueberlegung besitzt, macht das nicht mit.

## Nach Thüringen Sachsen!

Ein kommunistisches Ultimatum an Zeigner.

Nachdem die thüringischen Kommunisten in trauter Gemeinschaft mit den Bürgerlichen aller Richtungen die dortige sozialistische Regierung zu Fall gebracht, kündigt die „Rote Fahne“ schon heute an, daß in Sachsen der Regierung Zeigner das gleiche Schicksal bereitet werde. Als Vorwand dazu benutzt sie die Zusammenstöße zwischen den „revolutionären Erwerbslosen“ in Dresden mit der dortigen Landespolizei. Nach Mitteilung der „Roten Fahne“ fordert der kommunistische Landesvorstand Sachsens die sächsische Regierung auf, „das Demonstrationsverbot sofort aufzuheben und spätestens bis zum 15. September die an dem Blutbad schuldigen Offiziere sowie die faschistischen Provokateure in der Polizei zu entlassen und

zu bestrafen“. Geschähe dies nicht, dann werde die kommunistische Partei der Regierung Zeigner sofort ihre Unterstützung entziehen! Mit anderen Worten heißt das: Die Kommunisten sollen das Recht haben, in jedem Augenblick ihre „revolutionären Massen“ bald gegen sozialdemokratische Redner und bald gegen die Beamten der Landespolizei vorzutreiben. Sowohl Sozialdemokraten als Landespolitisten haben stillzuhalten und dürfen sich nicht wehren. Wenn der Versuch dazu trotzdem gemacht wird, dann droht man der sozialistischen Regierung mit einem Mißtrauensvotum!

Schon die Unverfrorenheit dieses Ultimatus sollte die sozialdemokratische Regierung in Sachsen veranlassen, es rundweg abzulehnen und den Kommunisten die Verantwortung für alle Konsequenzen überlassen. Immer wieder und immer deutlicher zeigt es sich, daß ernsthaft mit ihnen keine Politik zu treiben ist, nicht einmal in dem beschränkten Maße, wie sie selbst sich einbilden. Das Thüringer Beispiel hat das ja jetzt erst wieder bestätigt. Im Thüringer Landtag befinden sich neben 22 Sozialdemokraten ganze 6 Kommunisten. Diese sechs bringen die sozialdemokratische Regierung zu Fall, indem sie sich mit den 26 Bürgerlichen zu einem Antisozialistenblock vereinigen. Im Sächsischen Landtag hat die SPD. 10 Mitglieder. Sie ist auch dort eine verschwindende Minderheit, und nur weil sie das Jünglein an der Wage bildet, glaubt sie, daß die Sozialdemokratie alle ihre erpresserischen Forderungen erfüllen müßte. Auch in Sachsen gibt es weite Parteikreise, denen das Schicksal des Landes wie der Sozialdemokratie gleichermaßen am Herzen liegt, denen die Kuldringlichkeit und Annäherung der Kommunisten unerträglich scheinen. Der neueste Vorgang kann solche Stimmungen nur verstärken und zu klaren Entscheidungen treiben, die auf die Dauer doch unvermeidlich sind.

## Entspannung in Dresden.

Dresden, 12. September. (Ul.) Zu den bereits mitgeteilten Meldungen über die gestern vormittag neuerdings in Dresden ausgebrochenen Unruhen wird abends noch mitgeteilt, daß sich die Demonstrationszüge aufgelöst haben und nur noch auf größeren Plätzen der Stadt größere Ansammlungen stattfinden. Die Polizei hatte jedoch keine Veranlassung einzuschreiten, so daß der Abend ohne jede Störung verlief.

## Kommunistische Erfolge.

Landauf Landau bekunden die Kommunisten mit großem Geschrei, daß die Sozialdemokratie seit der letzten Generalfreiwahl in Sachsen Mitglieder verliere, die alle zur SPD. kämen, weil dort die einzig richtige (!) Arbeiterpolitik vertreten werde. Dieses großspurige Verheißung wird in seiner inneren Unwahrscheinlichkeit treffend illustriert durch die Nachwirkung des Generalfreiwahls in der thüringischen kommunistischen Hochburg Jella-Rehls. Dort sind nämlich in den letzten Augusttagen 45 Mitglieder der SPD. zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei übergetreten und 50 bisherige Bezirker der kommunistischen Zeitung zu Lesern der sozialistischen Presse geworden. Von der Richtigkeit kommunistischer Politik sind also auch die kommunistischen Arbeiter durchaus nicht überzeugt. Der Vorgang in Jella-Rehls zeigt, wie es mit dem Zulauf zur SPD. tatsächlich bestellt ist.

## Erleichterungen für die Landwirtschaft.

Gegenüber den zahlreichen Hinweisen aus Kreisen der Landwirtschaft, daß sie vielfach ihre Steuern nur zahlen können, wenn sie in der Lage sind, ihre eigenen Erzeugnisse gegen einen steuerwertbeständigen Wertmesser einzutauschen, sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsgetreideleihe ermächtigt worden ist, Brotgetreide gegen einen solchen steuerwertbeständigen Wert zu kaufen. Hierfür dient die Goldanleihe in Verbindung mit einem von der RB. auszustellenden besonderen Scheck, auf Grund dessen die von ihr ausgegebenen Schecks der Goldanleihe von familiären Finanzklassen des Reichs zur Tilgung der Landabgabe als Gold im Sinne des Gesetzes über die Besteuerung der Betriebe vom

und das ist auch ganz in der Ordnung! Heute haben die Theaterdirektoren wahrlich andere Sorgen, als sich um Stücke zu kümmern, in denen in Anmut und Geist ungemünztes Gold steht.

Heute müssen sie am Vormittag und Nachmittag immer nur an den Multiplikator denken und können sich natürlich nicht um gute Stücke kümmern. Aber das Publikum braucht darüber nicht betrübt zu sein und über die neuen schlechten Sitten zu klagern. Denn um die wirklichen Dichter haben sich die meisten Theaterdirektoren niemals gekümmert, auch damals nicht, als der Multiplikator noch keine Macht über sie besaß.

Für sie hieß es immer: Gold ist die Parole! Und daneben war für die großen Gedanken und den hochliegenden Geist der Dichter in der Regel kein Platz.

**Der Fujiyama.** Auch der heilige Berg der Japaner, der Fujiyama, ist nach den jüngsten Meldungen bei dem großen Erdbeben nicht unverändert geblieben. Seine Gestalt soll ein anderes Aussehen erhalten haben; man weiß freilich noch nicht, worin die Veränderungen des Berges bestehen, der gleich einem ungeheuren Zuckerhut aus der Landschaft aufragt. Aus den herrlichen Gärten des Villenviertels von Yokohama, das vor dem Erdbeben Stadt und Hafen überragte, sah man den Riesen an klaren Tagen in mächtiger Ferne emporkragen, weiß das Haupt von ewigem Schnee, der nur im Juli und August schmolz, aber auf dem Gipfel stets erhalten bleibt. Dieser Gipfel liegt in 3778 Meter Höhe und ist der höchste Berg des Inselreichs, wie fast alle hohen Gipfel in Japan ein Vulkan, der aber seit 200 Jahren keine Tätigkeit mehr gezeigt hat. Der letzte Ausbruch des Fujiyama war im Jahre 1707; seither war kein Krater, der einen Durchmesser von 400 bis 500 Meter hat und 178 Meter tief ist, unverändert. Die Entfernungen von Yokohama bis zum Fujiyama beträgt etwa 120 Kilometer; vermutlich ist der heilige Berg seit dem Erdbeben noch nicht wieder erstiegen worden, so daß man noch nicht weiß, ob er in Verbindung mit der großen Katastrophe etwa wieder Lebenszeichen von sich gegeben hat. Seine Erstigung ist keineswegs schwer; alljährlich im Hochsommer, wenn der größte Teil des Regels schneefrei wird, unternehmen viele Laufende buddhistischer Pilger den Aufstieg bis an den Kraterrand.

In unzähligen künstlerischen Darstellungen japanischer Mater und Zeichnen ist der Fujiyama geschildert. Die edle Schönheit und die Ruhe seiner Linien, der Reiz seiner ewig wechselnden Stimmungen haben oft meisterhaften Ausdruck gefunden; besonders war es Hofusa, der den Fujiyama künstlerisch dargestellt hat. Was an diesem heiligen Berg so erhaben wirkt, ist neben den einfachen Linien seiner Gestalt die imposante Höhe des aus der Ebene aufragenden Vulkan. Er gleicht darin dem Aetna und dem Vesuvius noch höheren Almandschoro in der ostafrikanischen Ebene, auch dem Pil von Teneriffa, der unmittelbar aus dem Wasser emporkragend scheint. Für die Japaner ist der Fuji das nationale Wahrzeichen, das ihnen bei der Heimkehr aus fremdem Lande schon von hoher See aus seinen Gruß zu senden scheint.

Außer ihm hat das ostasiatische Inselreich noch hunderte anderer erloschener Vulkane, während etwa 20 noch heute tätig sind.

Darunter sind feuerpelende Berge von furchtbarer Gewalt. Sie liegen meist im Süden des Landes, auf der Insel Kjusiu, wie der schreckliche Asojan, der größte Vulkan der Welt, der schon oft diese südliche der großen japanischen Inseln mit seinen Lavaströmen und seinem Aschenregen überschüttet hat. Sein Hauptkrater hat einen Durchmesser von 25 Kilometer und überragt damit sogar die Riesenvulkane von Hawaii. Er erhebt sich auf einer Basis mit einem Durchmesser von 70 Kilometer und bildet auf dieser einen ungeheuren flachen, sehr sanft ansteigenden Keil von etwa 1000 Meter Höhe. Der Asojan ist einer der allerjüngsten Vulkane der Erde; im Laufe künftiger Zeiten werden noch unzählige Eruptionen diesen Keil gewiß höher und höher türmen.

**Der Rückgang der deutschen Geburtsziffer.** Die Statistik über die Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse in den 46 deutschen Großstädten über das zweite Vierteljahr 1923 zeigt einen auffälligen Rückgang der Geburten. Wie Rosse in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ ausführte, wurden im zweiten Vierteljahr nur noch 65 924 Lebendgeborene gegenüber 69 631 im vorausgegangenen und 75 726 im zweiten Vierteljahr 1922 verzeichnet. Hatte sich in diesem Vierteljahr 1922 die Geburtenziffer noch auf 18,5 belaufen, so betrug sie jetzt nur noch 15,8 und nähert sich damit den Minimalwerten der Kriegsjahre. Bei dem engen Zusammenhang zwischen Dollarkurs und Geburten ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen, denn in dem entsprechenden Zeitungsquartierjahr, dem 3. Vierteljahr 1922, hatte die katastrophale Entwertung der Mark erst ihren Anfang genommen. Dagegen hat sich die Sterblichkeit im letzten Vierteljahr weiter gebessert. Sie war mit 32 846 im 2. Vierteljahr 1923 geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres mit 35 345; nur die Zahl der Sterbefälle an Tuberkulose war höher als im zweiten Vierteljahr 1922. Die allgemeine Sterbeziffer ist von 13,5 auf 12,7 gefallen, die Tuberkulosesterbeziffer von 1,80 auf 1,91 bei der Berechnung auf je 1000 Einwohner und aufs Jahr gesunken.

**Germanus Kienzl** hat eine fünfaktige Opernkomödie „Sohn im Dorf“ vollendet, die von Ferdinand Egls „Kroler Bühne“ erworben wurde.

**Guido Heilshöfer** lebt nicht an die alte Stelle seiner Erfolge zurück und tritt Sonnabend in der Operette des Metropol-Theaters „Gastspiel“ auf.

**Das Bayerische Opernhaus** in ködtischer Regie. Der Stadttrat hat beschlossen, das als Privatunternehmen geführte Stadttheater vom 1. September in ködtische Regie zu übernehmen, um den Betrieb für die Winterzeit sicherzustellen.

**F. Buzteubus Werke.** Um eine große Welle in der Bekleidungs- und Bekleidungsindustrie aufzulassen, hat das Kapitel der Glaubensgemeinde Ugrino die Herausgabe sämtlicher Werke Dietrich Buzteubus, des genialen Meisters des Orgelbauwesens von Bam., beschlossen. — Das Wissenschaftskollegium der Universität Freiburg i. Br. unter Leitung von Herr Prof. Dr. Wilhelm Ostwald ist mit der Bearbeitung beauftragt.

**Das Ende der englischen Farbstoffindustrie.** Prof. Green, der leitende Chemiker der englischen Farbstoffindustrie, hat nach der „Limes“ sein Amt niedergelegt, weil es nicht möglich sei, mit kaummännlich und technisch vollkommen ungenügenden Kräften eine englische Farbstoffindustrie ins Leben zu rufen.

11. August 1923 zum Nennwert angenommen werden. Selbstverständlich bleibt es dem Landwirt unbenommen, seine Steuern anderweit zu bezahlen und die Goldanleihe nach seinem Belieben zu verwenden. Es wird also den Landwirten nur ein Recht eingeräumt, das ihnen auf jeden Fall die Möglichkeit gibt, gegen Verkauf von Brotgetreide ohne irgendwelche Verlustgefahr durch Geldentwertung sich ein steuerwerbendes Zahlungsmittel zu verschaffen. Dieser große Vorzug, der gleichzeitig den Landwirten angesichts der späten Ernte dieses Jahres die Steuerzahlung erleichtert und der R.G. das notwendige Brotgetreide zuführen soll, gilt nur für solche Geschäfte, die noch im Laufe des Monats September abgeschlossen werden.

Da es für die einzelnen Landwirte oft nicht möglich sein wird, mit der R.G. wegen des Abchlusses eines Kaufes schnell genug unmittelbar in Verbindung zu kommen, so ist Vorkehrung getroffen worden, daß die Verkäufe gegen steuerwerbende Goldanleihe mit allen ihren Vorzügen auch mit den Verrenten, dem Getreidehandel und den Mägen abgeschlossen werden können.

### Münchener Richter gegen den „Vorwärts“.

Am 18. Juni war unser verantwortlicher Redakteur Genosse Schiff vom Schöffengericht München zu 40 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil in einer Notiz von der „mit französischen Spitzelgeldern reichlich bedachten Nationalsozialistischen Partei“ die Rede gewesen war, woraufhin Hitler als „Führer“ dieser Partei und Dietrich Eckardt als Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“ angeklagt worden hatten. Sogar das Münchener Amtsgericht hatte zunächst die Klage zurückgewiesen, indem es, dem Antrag des Rechtsanwalts Genossen Saenger entsprechend, die Aktiolegitimation der beiden Kläger verneinte. Diese hatten jedoch Beschwerde erhoben mit dem Erfolg, daß die Klage doch zugelassen wurde und in erster Instanz das obige Urteil ergab.

Gegen dieses Urteil hatten beide Parteien Berufung eingelegt, der „Vorwärts“ unter Verneinung der Aktiolegitimation bzw. unter Berufung auf § 193 die erwähnte Notiz war eine Antwort auf eine Anpöbelung des „Vorwärts“ durch den „Völkischen Beobachter“, die Kläger wegen des „ungenügenden“ Strafmaßes. Die Berufungsverhandlung fand in diesen Tagen vor der Strafkammer in München statt. Der Angeklagte war mit Rechtsanwalt Saenger erschienen, die Kläger durch Justizrat Kohl vertreten. Nach mehr als einstündiger Beratung verwarf das Gericht die Berufung und verurteilte den Genossen Schiff auf Grund der sorgfältigen Besondereurteilung zu 10 Millionen Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten. In der Begründung heißt es lediglich, daß es sich in dem betreffenden Artikel des „Vorwärts“ um einen selbständigen Angriff handele mit der zweifelslosen Absicht, die Kläger zu beleidigen; somit bestünde das Urteil der ersten Instanz zu Recht. Es erregte mehr als Befremden, daß das Urteil mit keinem einzigen Wort Bezug nimmt auf die grundsätzlichen Einwände der Verteidigung, und weiterhin erscheint es als ein Novum, daß das Geldentwertungsgesetz hier in rückwirkender Form angewendet wurde. Die Verteidigung wird deshalb Berufung zur dritten und letzten Instanz, zum obersten Landesgericht, einlegen.

### Verhaftungen im Epirus.

Rom, 12. September. (Z.N.) Aus Korfu wird der „Epoca“ mitgeteilt: Die griechische Regierung soll sich mit der Absicht tragen, die Mitglieder des epiratischen Ausschusses, sowie den Oberst Bozaris, der als Hauptverantwortlicher für die Niedermetzung der italienischen Mission angesehen wird, sofort zu verhaften. Acht Personen sind bereits festgenommen und wurden nach Janina überführt.

Die Sühneprozedur der griechischen Flotte vor den alliierten Kriegsschiffen im Hafen von Salona und bei der Einschiffung der Leichen der ermordeten Italiener in Santi Quaranta ist in voller Vorbereitung. Auf Korfu legen die Italiener Befestigungen und einen Flugplatz an, so als ob dort ein griechisches Rheinland geschaffen werden sollte. Die italienische Regierung erklärt immer wieder, daß Korfu bis zum Abschluß der Untersuchung der Mordaffäre besetzt bleibe. Wer eigentlich zu bestimmen hat, daß der Abbruch erreicht ist, wird nicht gesagt — wahrscheinlich die gleiche Selbstherrlichkeit, die Korfu und die Nachbarinseln besetzt hat; droht ja der Kabinettschef Mussolinis gegenüber dem „Times“ Berichterstatter schon, daß Nichterfüllung der Wünsche bösen Willen Griechenlands beweisen und zu erhöhter Forderung nach Besatzungskosten führen würde! Alle Proteste der englischen Presse scheinen wirkungslos zu bleiben, was wohl eine Folge der Passivität Englands auf anderen Gebieten, besonders in der Ruhr- und Rheinfrage, sein kann. Auf die Dauer mußte es ja weiter wirken, wenn England in der Rheinlandkommission alle Rechtsbrüche und Gewalttaten mit — Stimmenthaltung „bekämpft“.

### Italienerazzia in Paris.

Paris, 11. September. (Z.N.) Wie die Morgenblätter melden, ist gestern ein von Italienern besuchtes Kaffee von der Polizei ausgehoben worden, wobei es zu Schieberetten kam. 21 Italiener, die mit der Ermordung italienischer Soldaten in Paris im Zusammenhang stehen sollen, wurden verhaftet. In den Räumen des unabhängigen Arbeiterbundes (der Kommunistischen Gewerkschaftszentrale) fand in derselben Angelegenheit eine Hausdurchsuchung statt, bei der zwei Italiener verhaftet wurden. Eine Anzahl Dokumente wurde beschlagnahmt.

Die „Schlechte Arbeiterzeitung“ ist vom Oberpräsidenten von Niederschlesien wegen Abdrucks eines Aufsatzes des Landesbauaufsehers der schlesischen Betriebsräte auf acht Tage verboten worden.

### Amtliche Devisenkurse.

	12. September		11. September	
	Käufer (Selb.) Kurs	Verkäufer (Selb.) Kurs	Käufer (Selb.) Kurs	Verkäufer (Selb.) Kurs
1 holländ. Gulden	87905000	88095000	25035000	26065000
1 argentin. Pap.-Peso	80922500	81077500	21546000	21654000
1 belgischer Franc	4888250	4711750	8092250	8107750
1 norweg. Krone	15561000	15689000	10673500	10628500
1 dänische Krone	17556000	17844000	11970000	12039000
1 schwedische Krone	25838000	25864000	17356000	1744000
1 finnische Mark	2698500	2606500	1775550	1784450
1 japanischer Yen	46885000	48115000	31920000	32080000
1 italienische Lire	4309200	4880800	2912700	2927700
1 Pfund Sterling	438900000	441100000	289250000	300750000
1 Dollar	85760000	96240000	66034500	66335500
1 französisch. Franc	5805050	5834050	3790500	3809500
1 brasilian. Milreis	95780000	96240000	6884000	6416000
1 Schweizer Franc	17816800	17403400	11970000	12070000
1 spanische Peseta	12897500	13082500	8977500	9022500
100 österr. Kr. (gest.)	185860	186940	68785	94285
1 tschechische Krone	2889780	2907280	1975050	1984950
1 ungarische Krone	5185m	5213m	8491m	8508m
1 bulgarische Lewa	987650	942850	648375	651625
1 jugoslaw. Dinar	1087400	1042800	689260	701750

### Erziehung zum Völkerverhaß.

Die ganze Kulturwelt steht unter dem tiefen Eindruck der furchtbaren Erdbebenkatastrophe, die über Japan herein gebrochen ist. Daß auch die Schule nicht achtlos an dem gewaltigen Naturereignis vorübergeht, versteht sich von selber. Der Lehrer kann an den Hinweis auf das Erdbeben wissenschaftliche Belehrung knüpfen, er kann aber auch die vernichtenden Wirkungen zum Anlaß sittlicher Beeinflussungen nehmen. Man höre, was in der 3. Rädchen-Mittelschule der Stadt Berlin (Grünhaldenstraße) ein Lehrer Barfisch den Schülerinnen der Förderklasse II O über Japan sagen zu sollen geglaubt hat.

Im Erdkundeunterricht kam Herr Barfisch auf die Erdbebenkatastrophe zu sprechen und er warf danach die Frage auf, ob man die Japaner bemitleiden könne. In der Klasse entstand eine Bewegung und ein lebhaftes Gemurmel, aus dem zu entnehmen war, daß die meisten die Frage bejahen wollten. Ein Mädchen aber erklärte laut: „Nein!“ „Warum nicht?“ fragte Herr Barfisch. „Die haben uns im Kriege auch nicht beigegeben!“ antwortete das Mädchen. Da fuhr Lehrer Barfisch auf: „Ja, diese Sippjacht! Wir haben sie unsere Universitäten besuchen lassen, wir haben sie bei uns studieren lassen, damit wir einmal eine Hilfe von ihnen hätten. Nachher aber haben sie sich gegen uns gewendet.“ Hier warf eine andere Schülerin ein: „Doch! Und doch habe ich Mitleid mit ihnen!“ Zu ihr sagte jetzt der Lehrer: „Na, dann bringe Du doch mal Deine Meinung vor.“ „Ja“, wiederholte sie, „ich habe doch Mitleid mit den Japanern! Denn wenn sie auch unsere Feinde waren, so sind doch viele darunter, die nur gezwungen in den Krieg zogen.“ Dem Lehrer schien die Einsicht aufzudämmern, daß er mit seinem Herzengerguß eine Dummheit begangen hatte. Einmütig sagte er: „Na ja, es sind ja viele darunter, die nicht wollten.“ Und er schloß die Diskussion: „Ihr könnt ja denken, was ihr wollt. Meine Meinung sage ich euch nicht.“ „Nein, er brauchte sie ihnen wirklich nicht mehr zu sagen. Deutlich genug hatte er von vornherein gezeigt, wie er denkt.“

Wie Lehrer Barfisch denkt, hat er auch bei einer anderen Gelegenheit unzweideutig gesagt. Einmal sprach er im Erdkundeunterricht in einer Erörterung der Grenzen zwischen Europa und Asien von den Gefahren, die Europa von den Mongolen zu fürchten habe. „Welcher große Mann“, fragte er, „hat davon gewarnt?“ Und er selber gab die Antwort: „Unser Kaiser! Er hat nach dem Osten weisend gesagt: Völker Europas, wahr! eure heiligsten Güter!“ Nicht wahr, wir Deutschen Republikaner sind doch tolerant? In der seit 1918 bestehenden deutschen Republik darf ein Lehrer noch im Jahre 1923 vor seinen Schülerinnen von „unserem Kaiser“ sprechen. Glaube einer, daß ihm das übel bekommen wird? Ach nein, ein solcher Lehrer braucht bei uns nicht zu fürchten, daß man ihm den Laufpaß gibt und ihn „seinem Kaiser“ nachschickt.

Ein Lichtbild in den trüben Bildern von Völkerverhaß und Monarchenverherrlichung ist die erschreckende Offenheit, mit der in einem Pädagogischen manichaischen von seinen Zöglingen die richtige Antwort gegeben wird. Auch Lehrer Barfisch hat die Erfahrung machen müssen, daß Berliner Kinder nicht auf den Mund gefallen sind. Hoffentlich merkt er sich's.

### Raubmord im Eisenbahnzug.

Auf den Bahndamm geworfen.

Ein an Bild- und Wort-erinnernder Raubüberfall ist in dem Personenzuge verübt worden, der gestern abend von Frankfurt a. M. abgefahren und heute in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof eingelaufen ist. Vor der Station Großbeeren, die der Personenzug um 5 Uhr 40 Min. passierte, wurde kurz nach der Abfahrt dieses Zuges, etwa einen Kilometer vom Stationsgebäude entfernt, neben dem Gleise ein Mann bewußtlos mit vielen Wunden gefunden. Man nahm sofort an, daß der Mann aus dem Zuge gefallen oder hinausgeworfen sei. Es wurden vom Stationsvorstand in Großbeeren der Bahnhof-Großlichterstraße und der Anhalter Bahnhof benachrichtigt, damit dort die notwendigen Maßnahmen getroffen werden könnten. Auf dem Anhalter Bahnhof wurde der Zug von Polizeibeamten und Bahnbeamten empfangen. Die Reisenden wurden genau beobachtet, doch konnte nichts Verdächtiges festgestellt werden. In einem Abteil 2. Klasse wurden Blutspürer gefunden, außerdem war das ausgeraubte Gepäck des Reisenden noch vorhanden. Der Befund ließ darauf schließen, daß das Opfer mit seinem Bedränger einen Kampf gehabt haben muß. Der auf dem Bahndamm aufgefundenene Fahrgast wurde nach der Station Großbeeren getragen. Dort wurde ein D-Zug zum Halten gebracht. Mit ihm transportierte man den Fremden nach Großlichterstraße. Auf dem Wege zum Kreiskrankenhaus ist er gestorben. Man hat bei dem Reisenden weder eine Brieftasche noch irgendein Ausweispapier in den Kleidern gefunden. Auch eine Fahrkarte, die auf die Herkunft des Reisenden schließen ließe, war nicht vorhanden. Der oder die Täter können auf den Stationen Großbeeren, Lettzen, Großlichterstraße-Süd und Ost ausgehoben sein, so daß man sie in Berlin vergeblich erwarten mußte. Der Verbrecher hat eine Eisenbahn als Werkzeug benutzt, die er in das Abteil mit hineingebracht haben muß. Sie wurde in dem Abteil gefunden. Die Reichsbahndirektion Berlin hat eine Belohnung von 45 Millionen Mark auf die Aufklärung des Verbrechens und Ergreifung des Täters ausgesetzt. Die Staatsanwaltschaft ist sofort von dem Verbrechen in Kenntnis gesetzt worden und hat die Ermittlungen aufgenommen.

### Johannisthaler Schulzustände.

Die aus Johannisthal im „Vorwärts“ (Nr. 420) gemeldete Prägelausbreitung des Gemeindefullehrers Willing wurde in einer Elternversammlung erörtert, die am Montag im Saal der Gemeindefschule stattfand. Der Elternbeirat hatte die Versammlung nicht nur aus Anlaß dieses Falles einberufen, sondern wollte auch Gelegenheit zu einer allgemeinen Aussprache über die Johannisthaler Schulzustände geben, gegen die sich eine zunehmende Unzufriedenheit der Elternschaft richtet. Wie sehr die Schulfragen den Eltern am Herzen liegen, zeigte der starke Besuch der Versammlung und die Uebervollung des Saales. Gemeindefullehrer Gen. Knief-Berlin erörterte in einem Vortrag die vielumstrittene Frage, ob der Lehrer präzedenz muß. Nach sachlicher Prüfung und gerechter Abwägung auch derjenigen Gründe, die für das Prügeln vorgebracht zu werden pflegen, kam er zu dem Ergebnis, daß ein Lehrer auf die Dauer mit Prügeln nichts erreichen kann. Was ihm bei seinen Schülern den Erfolg sichert, ist der gewinnende Einfluß seiner Persönlichkeit, und wenn der nicht von ihm ausstrahlt, hat er als Lehrer seinen Beruf verfehlt. Aus dem Elternbeirat übertrug die Elternschaft die Angelegenheit dem Gegenüber, der zwischen dem in seiner Weisheit reaktionär denkenden Lehrerkollegium und dem in seiner Weisheit links gerichteten Elternbeirat besteht und im Laufe der Zeit sich so verwickelt hat, daß das Lehrerkollegium so gar ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem Elternbeirat ablehnt. Strauß ging dann auf die Prägelausbreitung des Lehrers Willing ein, fragte die im „Vorwärts“ bekanntgemachten Einzelheiten vor und tabelte das Verhalten des Direktors Schul gegenüber der sich bedauernden Mutter des angegriffenen Kindes. Er teilte der entrüsteten Versammlung mit, daß Lehrer Willing nach der Beschwerde des Kindes auch nach zurücksehend behandelt habe. Aus dem Bericht des Obmannes und aus der einschlägigen Besprechung gewann man den Eindruck, daß die Zustände an der Schule durch die Schuld des

Lehrerkollegiums unhaltbar geworden sind. Eltern sind bei Besichtigungen so scharf zurückgewiesen worden, daß die Beziehungen zwischen Schule und Haus dadurch nur noch verschlechtert werden konnten. Die ganze Lehrer über die gesetzlich vorgeschriebene Vertretung der Elternschaft denken, möge man beurteilen nach der von einem Vater gemachten Angabe, daß Lehrer Willing gesagt habe, ihm könne der Elternbeirat — „den Buzel runterzuweisen“. Zwei Redner brachten zur Sprache, daß einzelne Lehrer dieser Schule öfters am Morgen um Viertelstunden zu spät im Schulhaus eintreffen, so daß ihre Klassen sich selber überlassen bleiben, Stadtrat Genosse B. E. Muth-Treptow, der Vorsitzende der Bezirkschuldeputation, nahm an der Versammlung teil. Er sagte zu, daß er sofort dem Provinzialschulkollegium über die hier vorgebrachten Klagen berichten werde, damit die notwendige Abhilfe erfolgt.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die den Elternbeirat beauftragt, gleichfalls mit der Schulaufsichtsbehörde Fühlung zu nehmen, um auf eine Besserung der besagten Zustände hinzuwirken und die Entfernung des Lehrers Willing aus dem Schuldienst zu erreichen. Außerdem soll der Elternbeirat beim Kultusministerium vorstellig werden, daß das Prügeltrecht des Lehrers aufgehoben wird.

### Die Wucherbilanz im August.

Der Wucher ist bei den ständigen Schwankungen des Dollars zum Schrecken der Verbraucher geworden. Die Behörden, die mit der Bekämpfung dieses Übels beauftragt sind, können trotz aufopfernder Arbeit seiner nicht Herr werden. Erst eine Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird den hier zu wünschenden Erfolg bringen. Dennoch darf der Staat in diesem Kampf nicht erlahmen. Die Abteilung W (Wucherabteilung), die Marktgerichte und wie die behördlichen Instanzen alle heißen mögen, wirken zusammen, um Auswüchse schlimmster Art den Boden zu entziehen.

Von den Marktgerichten allein wurden im Monat August 315 Urteile gesprochen. In 89 Fällen wurden Strafen wegen Preistreiberi verhängt. Auf Grund der Preisschilderverordnung, die vielen Geschäftsleuten zumider ist, sprachen die Marktgerichte nicht weniger als zweihundert Urteile aus. Ferner mußten drei Fälle wegen Kettenhandels und sechs Fälle wegen unerlaubten Handels geahndet werden. Daß man die Kaufenden auch bei der Menge der Waren hintergeht, beweisen 17 Verstöße gegen die Maß- und Gewichtsverordnung. Sämtliche 315 Fälle hatten insgesamt mit ganzen 262 888 000 M. Geldbußen ihre Erledigung gefunden, eine Summe, die ein besser gestellter Beamter als Monatsgehalt bezieht. Außerdem sind noch eine Anzahl von Gefängnisstrafen verhängt worden. Die Beschlagnahme von Waren erreichte einen Gesamtwert von ungefähr zwanzig Milliarden. Die Abteilung W des Polizeipräsidiums hatte im gleichen Monat 3189 Strafsachen wegen Vergehen gegen die notwirtschaftlichen Bestimmungen zu bearbeiten. Auf Höchstpreisüberschreitung, Preiswucher und Kettenhandel entfielen 2620 Fälle. Ungefähr 589 Fälle beschäftigten sich mit Richtauspreisung, unerlaubtem Handel und sonstige Vergehen (gegen Ein- und Ausfuhrbestimmungen, gegen Vorschriften über höhere Kennzeichnung von Waren und Kennzeichnungsbestimmungen). An die Staatsanwälte wurden 1762 Sachen abgegeben. Ein Handelsverbot wurde in vier Fällen ausgesprochen. Bevor die Behörden hierzu übergehen, werden erst Ermahnungen erteilt, deren Zahl sich auf 144 im August beläuft. Auch die Handelsverbotsstelle hatte Verstöße zu bearbeiten und verurteilte in 148 Fällen die Großhandelsverbotserlaubnis.

Wenn das laufende Publikum die zuständigen Behörden im Kampfe gegen den Wucher immer unterstützt, könnten die größten Auswüchse wirksamer bekämpft werden.

4 200 000 M. für ein markenfrees Brot. Infolge des weitgehenden Anstieges des Dollars und der von den Dreißigen abhängenden Wechselkurse hat der Inhaber der Bäckereifabrik Groß-Berlin ab 13. September den Preis für ein markenfrees Brot auf 4 200 000 M. für die markenfrees Schrippe auf 220 000 M. festgesetzt. Die Preise für Kuchen usw. erhöhen sich dementsprechend.

Explosion in einer Kfz-Fabrik. In der Stralauer Allee 35 ereignete sich in einer Kfz-Fabrik eine schwere Explosion. Der Schlosser Christoph war damit beschäftigt gewesen, einen Spirituskessel zu läten. Infolge der Hitze einer Lötampe bildeten sich Gase im Tank, und es erfolgte eine heftige Explosion. Mit lautem Knall flog der Deckel des Tanks gegen die Decke des Raumes, außerdem wurden die Bedienten und die Schaufenscheiben auf die Straße geschleudert. Christoph erlitt Brandwunden an der linken Körperseite und wurde nach seiner Wohnung getragen, wo man für ärztliche Hilfe sorgte. Der in dem Augenblick der Explosion vorübergehende Schüler Max Bruch aus der Stralauer Allee 39 wurde durch Glas splitter erheblich verletzt und mußte auf der nächsten Rettungswache verbunden werden. Der Sachschaden ist sehr bedeutend. Die Feuerwehr war etwa 1/2 Stunden mit der Abklärung des entstandenen Brandes beschäftigt.

Ein Parteiveteran. In diesen Tagen besaß Genosse Richard Hillmann in Friedrichshagen das Publikum seiner Höflichen Anrede und hat seine Partei. Der Jubilar, der heute seinen 66. Geburtstag feiert, dürfte vielen Bekannten des Freihauses bekannt sein, wo er seit der Gründung des Bundes viele Jahre das Amt eines Samartiers bekleidete. Neben seiner Parteitätigkeit ist Hillmann ein eifriges Mitglied des Arbeiter-Samariterbundes, an dessen Verbreitung er erfolgreich mitgewirkt hat.

### Der Wiederaufbau von Tokio.

Meldungen aus Japan zufolge gehen die Aufräumungsarbeiten im Hafen von Yokohama sehr langsam vonstatten. Der Wiederaufbau Tokios wird, wie man glaubt, viel rascher erfolgen. Die Wasserleitungen sind bereits wiederhergestellt und die Einwohner mit den allernotwendigsten Lebensmitteln versehen. Die Obdachlosen leiden sehr unter den starken Regengüssen.

„Times“ erfährt aus Osaka, daß laut einer Mitteilung des Magistrats von Tokio bis jetzt insgesamt 8 411 4 Leichen in den Straßen aufgefunden wurden. Aus Furcht vor Pestepidemie beschleunigt man außerordentlich die Entschärfungsarbeiten. Jeden Tag werden ungefähr 4000 Leichen in den Entschärfungsöfen von Honjo verbrannt. In die Nationalbanknoten sind bis jetzt 20 Millionen Yen eingezahlt worden. Die Eisenbahnlinien sind nahezu völlig wiederhergestellt.

Die japanischen Versicherungsgesellschaften haben beschloffen, reiflos die Beträge für den während des Erdbebens angerichteten Schaden auszus zahlen, ohne sich die besonderen Klauseln über Erdbebenschaden zunutze zu machen. Die Banken beanspruchen von der Regierung einen Vorschuß in Höhe von 1800 Millionen Yen, um die Finanzlage zu sichern.

### Ein neues Erdbeben gemeldet.

Die „United Press“ erfährt, daß der Seismograph der Beobachtungsstation von L'edra (Spanien) ein heftiges Erdbeben verzeichnete, das sich in einer Entfernung von 6660 Kilometer ereignete.

### Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Etwas kühler, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern und hochbergig aufziehenden westlichen Winden.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

111. Bezirk Wohndienst. Heute, Mittwoch abend 1/2 Uhr, pünktlich bei Bierbach, Bahnhofsstraße, gemeinsamer Jahrsabend. Bericht vom Bezirksrat. Erscheinen aller Mitglieder im Pflicht.  
112. Unt. Sozialrat. Heute abend 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Schmidt, Lindenallee 43. Vortrag des Genossen Göring.

